

Schwarz-Gelb geht in die Verhandlungen

Heute erstes Treffen der Koalitionsrunde von CDU und FDP



Düsseldorf (WB/-hir). Nordrhein-Westfalen bekommt eine neue Regierung. Heute beginnen Armin Laschet und Christian Lindner ihre Aufgabe als Modellbauer. Wenn sich mittags die zwölfköpfige Koalitionsrunde von CDU und FDP trifft, um ein schwarz-gelbes Bündnis zu schmieden, soll nicht nur eine stabile Regierung entstehen, sondern auch ein Modell für Berlin.

Beide Spitzenpolitiker verströmen Zuversicht und Vertrauen, man werde es zügig schaffen. Ziellinie: Spätestens in der letzten Sitzungswoche vor den Sommerferien soll der Koalitionsvertrag stehen, am 14. Juli könnte das neue Kabinett vereidigt werden.

Nicht nur eine Formalität: Gestern Abend trafen die Landesvorstände beider Parteien zusammen, um die Verhandlungen zu beschließen. Sie bestimmten je sechs Verhandlungsführer, die den Koalitionsvertrag formulieren und die in den zehn Arbeitsgruppen nur schwer lösbare Konflikte abschließend behandeln sollen. Bei der FDP hat Parteichef Christian Lindner sein Team benannt. Neben ihm soll Yvonne Gebauer den Bereich Schule verantworten, Andreas Pinkwart übernimmt mit Wirtschaft, Digitales, Energie, Innovation, Wissenschaft und Forschung das größte Themenfeld.

Fraktionsgeschäftsführer Christof Rasche bleibt bei seinem Fachgebiet Infrastruktur und Verkehr, Fraktionsvize Joachim Stamp soll Flüchtlinge, Integration und Innere Sicherheit verantworten, Johannes Vogel Arbeit und Soziales.

Mit wem CDU-Chef Armin Laschet in die Verhandlungen gehen will, steht auch fest. Karl-Josef Laumann (Arbeit und Soziales), Fraktionsgeschäftsführer Lutz Lienenkämper (Verkehr, Infrastruktur), Generalsekretär Bodo Löttgen (Innere Sicherheit), Ina Scharrenbach und Oliver Wittke gehen in die Verhandlungen. CDU-Bezirkschef Ralph Brinkhaus sagte gestern dem WESTFALEN-BLATT, zwar gehöre der Rietberger Landtagsabgeordnete André Kuper nicht der übergeordneten Leitungsgruppe Flüchtlinge, Integration und Kommunen an – er leite aber die Arbeitsgruppe Kommunales. Brinkhaus selbst wird Mitglied der Arbeitsgruppe Finanzen.
